

Endlich: Zivilklausel im Hochschulgesetz!

Schon seit Jahren im Gespräch – jetzt beschlossene Sache: Das Bremische Hochschulgesetz (BremHG) wurde novelliert. Obwohl auch jetzt nicht alles gut wird, wurden in zwei Punkten wichtige Änderungen eingefügt. Obwohl das Rektorat sich inzwischen mehr als Vertreter der Wirtschaft als der freien Wissenschaft versteht und gegen die beiden Vorhaben eine Pressekonferenz mit der Handelskammer gemeinsam gehalten hat, konnte es sie nicht verhindern.

So wird es in Zukunft eine Datenbank für Drittmittel geben, in der u.a. der Name der GeldgeberInnen und der Zweck der Forschung angegeben wird. Dies reicht zwar noch lange nicht aus, um die Abhängigkeit der Uni Bremen von Drittmitteln zu reduzieren. Die verbesserte Transparenz ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. Die zweite wichtige Veränderung betrifft ein Thema, das nach langen Diskussionen, die unter anderem auch von uns als AFA maß-

geblich mit geführt worden sind, endlich durch ist: Die Verankerung der Zivilklausel, die die Hochschulen im Land Bremen zu ziviler Forschung und Lehre verpflichtet, im



Hochschulgesetz. Wir haben mit Sören Böhrnsen, bis vor kurzem AFA und leidenschaftlicher Kämpfer für die Zivilklausel, über diesen wichtigen Erfolg gesprochen.

Du setzt dich schon lange für eine Zivilklausel an Hochschulen ein. Warum ist dir das Thema so wichtig?

Eine unabhängige Universität sollte in kritischer Di-

stanz zur militärischen Staatsmacht und zu ökonomischen Mächten stehen, um ihren gesellschaftlichen Aufgaben nachzukommen. Deswegen möchte ich Wissenschaft und Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwortung haben. Dazu gehört auch, dass die Wissenschaft die Menschen voranbringt, ein Motor für den gesellschaftlichen Fortschritt ist. Krieg ist dagegen das genaue Gegenteil. Von daher sollte sich eine Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung gerade nicht an der Forschung für Rüstung und den Krieg beteiligen.

Mitte März ist nun eine Zivilklausel in das Bremische Hochschulgesetz geschrieben worden. Ein Erfolg?

Ja, wir haben auch lange dafür gekämpft. 2011 hat AFA das Thema auf die Agenda gesetzt, als die Universität sich trotz vorhandener Zivilklausel in größere Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie begeben wollte. Die von der

Uni geplante Abschaffung der Zivilklausel konnte durch massiven Protest verhindert werden. Aber das war uns nicht genug. Nachdem wir immer weitere Verstöße gegen die Zivilklausel feststellen mussten, haben wir auch politischen Druck ausgeübt und uns dafür eingesetzt, dass die Zivilklausel nicht nur eine Selbstverpflichtung der Uni bleibt, sondern dass diese auch gesetzlich verankert wird. Dies ist nun nach vielen Jahren des Kampfs gelungen und dies kann man

dann auch als Erfolg werten.

Wie soll denn die Zivilklausel nun umgesetzt werden, damit sie kein zahnloser Papiertiger bleibt?

Natürlich reicht es nicht aus, einfach eine Zivilklausel ins Gesetz zu schreiben. Diese muss vielmehr gelebt werden. Das ist natürlich Aufgabe der einzelnen Hochschulen. Zusammen mit der auch eingeführten teilweisen Transparenz für

Drittmittel kann nun erstmals nachvollzogen werden, woher Gelder der Universität kommen und wofür diese grundsätzlich verwendet werden sollen. Hier müssen nun Strukturen geschaffen werden, die im Hinblick auf die Zivilklausel kritische Forschung offen diskutieren und sich die Frage stellen, ob hier Forschung für das Militär oder die Rüstungsindustrie betrieben wird und wenn dies festgestellt wird auch Konsequenzen ziehen.

Eilbeschluss des Rektors: Kapitulation vor den vermeintlichen Sachzwängen

Insgesamt dreimal konnten engagierte Studierende im Dezember, Januar und Februar den Beschluss von Kürzungen im akademischen Senat, dem höchsten Uni-Beschlussgremium, verhindern. Nun hat Rektor Scholz-Reiter die Vorlage der AS-Haushaltskommission im Eilbeschluss durchgesetzt und sich damit einer vermeintlichen Alternativlosigkeit von Einsparungen gebeugt. Die Steilvorlage seitens der Studierendenschaft, das Thema im momentan doch eher langweiligen Bürgerschaftswahlkampf in den Mittelpunkt zu rücken, wurde durch das Rektorat

fahrlässigerweise nicht aufgenommen.

Diese Kürzungen waren zuvor von Studierenden, Institutsbeschäftigten und dem Personalrat der Uni heftig kritisiert worden. So soll nicht nur das Studienangebot zur Einsparung von 400.000€ „überarbeitet“ werden, auch Institute sollen „konsolidiert“ oder wie im Falle des Zentrums für Humangenetik (ZHG) komplett geschlossen werden. Dabei zeigte sich bei den Mitgliedern der Haushaltskommission und auch auf Seiten des Kanzlers im Laufe der letzten Monate, dass die Sparpläne teilweise auf nicht ganz nachvollziehbaren Schätzungen

beruhen. Eines ist jedoch klar: Die Kürzungen werden – trotz anders lautender Beteuerungen durch Kanzler Mehrrens – auch Effekte auf die Lehre haben. So wurden z. B. in der Vergangenheit 10 Prozent der Biologie-Bachelorarbeiten im ZHG geschrie-ben.

Doch die Debatte um Kürzungen im Hochschulbereich ist längst nicht vorbei. Wenn das Rektorat die Chance, die Kürzungen zum Wahlkampfthema zu machen, nicht wahrnehmen will, liegt es nicht zuletzt an uns Studierenden, die Forderung nach besserer Bildung an die Politik heranzutragen – unter an-

derem mit dem offenen Brief, der ebenfalls in diesem Cafétenkurier vorgestellt wird. Zudem kann der akademische Senat Eil-

beschlüsse noch einmal diskutieren, verändern oder sie sogar rückgängig machen. Bei der nächsten Sitzung, die noch im April

stattfindet, wird es folglich wieder die Möglichkeit geben, unsere Forderungen zu artikulieren.



Druckerei, Haushalt und Kfz-Referat – die SR-Sitzung vom 23.02.2015

Ende Februar fand die letzte Wintersemester-Sitzung des Studierendenrates (SR), des Parlaments der verfassten Studierendenschaft, statt. Neben der Entlastung des letzten AstA und der Neuwahl der studentischen Mitglieder im Verwaltungsrat des Studentenwerkes standen die kontroversen Punkte Druckerei-Konzept und Kfz-Referat auf der Tagesordnung.

Der AstA musste wegen eines Beschlusses aus dem Oktober ein neues Konzept für seine Druckerei vorlegen, das vom SR zu bestätigen war. Die Druckerei stand seit langem wegen einer geringen Auslastung in der Kritik. Geplant ist

nun unter anderem, dass auch Abschlussarbeiten gedruckt werden können und die Öffentlichkeitsarbeit verbessert wird. Da im Konzept gute Ansätze vorhanden sind, stimmten auch AfA-Vertreter*innen zu.

Deutlich kritischer sind die Pläne für das sogenannte Kfz-Referat (eine AstA-eigene Autovermietung) zu betrachten. Im neuen Haushalt sind 70.000 € für den Kauf von zwei neuen Autos vorgesehen. Zuvor wurde durch den AstA bereits ein neues Auto gekauft, zudem werden ein werbefinanziertes Auto sowie ein Elektroauto als „Vorstands-Wagen“ angeschafft.

Da extrem fraglich ist, ob in der Studierendenschaft überhaupt Bedarf für so viele Fahrzeuge vorhanden ist, gab es unsererseits einen Änderungsantrag zur Reduzierung der veranschlagten Summe auf 40.000€. Wegen der Abwesenheit einer anderen Oppositionsliste (Die PARTEI) kam dieser jedoch nicht durch. Ob der AstA mit seinen Plänen die Attraktivität des Kfz-Referates steigern können wird, bleibt abzuwarten. Wir denken: Nein.

Offener Brief gegen den Wissenschaftsplan 2020 und für eine Ausfinanzierung des Bildungs- und Sozialbereiches

In knapp einem Monat sind die Bremer Bürgerstiftungswahlen und die ‚heiße Wahlkampfphase‘ wurde eingeläutet. In Anbetracht dieser Situation wurde in den Semesterferien im Aktivenplenum ein offener Brief mit dem Ziel verfasst, die Kritik der letzten Monate noch einmal auf den Punkt zu bringen. Außerdem werden konkrete Forderungen an die Bremer Politik gestellt:

„1. Eine grundlegende Überarbeitung des Wissenschaftsplans 2020, orientiert an gesellschaftlicher Verant-

wortung und ohne den Gedanken einer mit der Profilbildung verbundenen Elitförderung.

2. Die Rücknahme der aktuellen Kürzungsaufgaben im Hochschulbereich sowie die Ausfinanzierung der wichtigsten Standbeine einer Gesellschaft: Bildung und Soziales.

a. Die Umverteilung der Gelder (z. B. der Rhein-Metall-Strafzahlungen, der Millionen, die in die private Jacobs-University fließen, die erhöhten Steuereinnahmen durch sich selbstanzeigenden Steuersünder*innen) zu-

gunsten des Bildungs- und Sozialsektors.

b. Das Hinwirken der Landesregierung auf eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes in den beiden genannten Bereichen.“

Aktuell werden UnterstützerInnen-Unterschriften von verschiedenen Gruppierungen gesammelt. Wenn auch ihr Interesse habt, euch an diesem und anderen Aspekten rund um das Thema Kürzungen bekämpfen zu beteiligen, schaut beim Aktivenplenum (donnerstags 14 Uhr auf den GW2 Treppen) vorbei.

EINE UNI FÜR ALLE. GEHT NUR MIT ASTA FÜR ALLE.

Seit über 25 Jahren setzen sich Studierende an der Uni Bremen bei Asta für Alle (AfA) für eure Belange ein. Gemeinsam kämpfen wir für echte Chancengleichheit, gute Studienbedingungen und einen lebenswerteren Campus. Wir wollen, dass alle – ob aus reichem oder armem Elternhaus – den gleichen Zugang zu Bildung haben. Das bedeutet: keine Studiengebühren, angemessenes BAföG statt Elite-Stipendien und freien Zugang zu Bachelor und Master. Wir wollen ein solidarisches Miteinander auf einem Campus, auf dem man sich gern aufhält. Das bedeutet: gute Betreuung durch die Profs, studierendenfreundliche Öffnungszeiten von Mensa und Bibliotheken und weg mit dem ewigem Grau an der Uni – und mit Braun erst recht! Dafür kämpfen wir: im Akademischen Senat, in den Stugen und als stärkste Fraktion im Studierendenrat.

Jetzt mitmachen! Streite mit uns für bessere Studienbedingungen sowie für eine offene und solidarische Uni!

www.asta-fuer-alle.info | info@asta-fuer-alle.info

Aktuelle Infos bei Facebook: www.facebook.de/astafueralle

**Engagier dich bei
ASTa für Alle!**

**Unser nächstes
reguläres Listentreffen
findet statt:
am 23. April um 20 Uhr
im Hart Backbord
(Vegeacker Straße 60)**

Egal ob du neu an der Uni bist und dich für Hochschulpolitik interessierst oder ob du dich schon immer mal hochschulpolitisch einbringen wolltest, Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind uns immer herzlichst willkommen!

A f A

asta für alle